



ARBEITSPAPIER

1 / 2019

Von ›sicheren‹ zu umkämpften

Wahlkreisen in Sachsen

**Eine Analyse der Bundes- und
Landtagswahlen seit 1990**

**Hendrik Träger, Kira Bartsch, Felix Dietrich,
Gina-Luisa Göpfert, Theresa Kretzschmar,
Anna Langer, Lhea Reinhold**

Hendrik Träger, Kira Bartsch, Felix Dietrich, Gina-Luisa Göpfert,
Theresa Kretzschmar, Anna Langer, Lhea Reinhold

Von ›sicheren‹ zu umkämpften Wahlkreisen:

Eine Analyse der Bundes- und Landtagswahlen in Sachsen seit
1990

SKLK - Arbeitspapiere

ISSN: 2511-4700

Sächsisches Kompetenzzentrum
Landes- und Kommunalpolitik
c/o Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft
Beethovenstr. 15
04107 Leipzig

info@sklk.de
www.sklk.de

Die Beiträge der SKLK Arbeitspapier-Reihe spiegeln die Meinungen der AutorInnen wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen der Herausgeber.

Zusammenfassung

Angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 und der Prognosen für die am 1. September anstehende Landtagswahl wird in diesem SKLK-Arbeitspapier analysiert, wie ›sicher‹ die Wahlkreise in Sachsen seit 1990 tatsächlich waren. Die Untersuchung zeigt signifikante Veränderungen im Zeitverlauf: Die CDU war keineswegs überall so erfolgreich, wie die reine Anzahl der gewonnenen Direktmandate suggeriert. Ihr regionaler Erfolg bei den Wählerinnen und Wählern fiel schon lange vor der im Freistaat besonders umstrittenen Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung sowie dem Erstarren der AfD ab.

In the 2017 elections of the German *Bundestag* and the 2019 European elections, the right-wing populist party AfD replaced the previously dominant CDU as the strongest party in Saxony. Against this background, this paper analyzes how ›safe‹ actually the constituencies have been since German reunification in 1990: The regional electoral success of the governing CDU declined long before the controversial asylum and migration policy at federal level and the emergence of the AfD.

Inhalt

1.	Einleitung.....	5
2.	Kriterien für ›sichere‹ Wahlkreise und methodisches Vorgehen.....	6
3.	Direktmandate in Sachsen seit 1990.....	7
4.	›Sichere‹ Wahlkreise bei Bundes- und Landtagswahlen im Vergleich.....	9
5.	Großstädte und Landkreise sowie einzelne Regionen im Vergleich.....	12
6.	Fazit	17
	Literatur- und Quellenangaben	17

1. Einleitung

Bei der sächsischen Landtagswahl am 1. September 2019 könnte es »so eng wie noch nie werden« (Debski 2019a: 1). Einen ungewöhnlich spannenden Wahlausgang lassen nicht nur die »Sonntagsfragen«, die die CDU allenfalls wenige Prozentpunkte vor der AfD sehen, sondern auch die Prognosen für die 60 Direktmandate erwarten: Im Januar 2019 ergab eine Simulationsrechnung, dass »CDU und AfD [...] in vielen Wahlkreisen Kopf an Kopf« (Debski 2019b: 4) lägen. Demnach könnten beide Parteien jeweils 28 direkt gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den neuen Landtag schicken; in den vier verbleibenden Wahlkreisen hätten die Linken und die Bündnisgrünen Chancen. Zwei Monate später wurde hingegen ein deutlicher Vorsprung der Christdemokraten mit 36 Direktmandaten prognostiziert, während die Rechtspopulisten nur noch auf 19 Wahlkreise kamen und in fünf Regionen Linke, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen auf dem ersten Platz lagen (vgl. Debski 2019c).

Ein offenes Rennen in den Wahlkreisen scheint auf den ersten Blick für Sachsen eine ungewöhnliche Situation, denn der Freistaat war lange durch ein »kompetitives Hegemonialparteiensystem« (Jesse et al. 2014: 158; vgl. auch Rellecke 2010) mit der CDU als der dominierenden Partei geprägt. Allerdings erlebte das Bundesland bei der Bundestagswahl 2017 sein – aus der Perspektive von Christdemokraten und Rechtspopulisten unterschiedlich zu interpretierendes – »blaues Wunder« (Kochinke 2017: 5). Damals verlor die CDU drei sichergeglaubte Direktmandate an die AfD sowie den politisch umkämpften Wahlkreis im Leipziger Süden an die Linke (Träger 2018). Diese Veränderung wurde oft auf das zu wenig responsive Agieren der Bundesregierung in der Asyl- und Migrationspolitik seit dem Spätsommer 2015 zurückgeführt.

Vor diesem Hintergrund analysiert das vorliegende SKLK-Arbeitspapier, wie »sicher« die sächsischen Wahlkreise seit 1990 tatsächlich für die CDU waren, wobei sowohl die Landtags- als auch die Bundestagswahlen betrachtet werden. Nach den methodisch-konzeptionellen Ausführungen hinsichtlich der einschlägigen Kriterien für »sichere« Wahlkreise und deren Operationalisierung (Abschnitt 2) stehen die folgenden Fragen im Mittelpunkt:

- Waren die Ergebnisse im Zeitverlauf bis zu der in Sachsen besonders umstrittenen Asyl- und Migrationspolitik stabil oder lassen sich bereits bei den vorangegangenen Abstimmungen Änderungen beobachten?
- Zeigen sich bei den Bundestags- und den Landtagswahlen gemeinsame Trends?
- Wie regional konsistent war die Entwicklung? Ähnelten die Ergebnisse in den großstädtischen Wahlkreisen (Chemnitz, Dresden, Leipzig) jenen in den Landkreisen? Wie ist die Situation in den einzelnen Landesteilen?

Abgeschlossen wird das Arbeitspapier mit einem Fazit, in dem die wichtigsten Ergebnisse der Analyse zusammengefasst werden.

2. Kriterien für ›sichere‹ Wahlkreise und methodisches Vorgehen

In den Wahlkreisen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger darüber, wer direkt in den Bundestag beziehungsweise den Landtag einzieht und infolgedessen die betreffende Region im Parlament vertritt. In diesem Zusammenhang ist es für die Parteien wichtig, ob die Mandate nur knapp oder mit großem Stimmenvorsprung gewonnen werden und inwiefern die Kandidatin respektive der Kandidat mit dem jeweiligen Persönlichkeitsprofil wahlentscheidend ist oder ob die eigene Partei in dem Gebiet unabhängig von dem konkreten Bewerbungstableau eine hegemoniale Position innehat oder sich in der Diaspora befindet.

Um die erste der drei Untersuchungsfragen zu bearbeiten, wird in Abschnitt 3 analysiert, welche Partei bei den einzelnen Wahlen wie viele Direktmandate gewinnen konnte. In diesem Zusammenhang gibt die ›Erfolgsquote‹ den prozentualen Anteil der Siege an allen Wahlkreisen an; demnach hat beispielsweise eine Partei mit einer ›Erfolgsquote‹ von 75 Prozent drei Viertel der Mandate gewonnen.

Für die Analyse hinsichtlich der ›sicheren‹ oder ›stabilen‹ Wahlkreise sowie der ›Hochburgen‹ (Abschnitte 4 und 5) wird auf mehrere Konzepte aus der Forschungsliteratur zurückgegriffen. Diese wurden jedoch mit Blick auf die Bundestagswahlen entwickelt, weshalb für die folgende Analyse lediglich vier genutzt werden können:¹

- Bereits vor einem halben Jahrhundert definierte Bodo Zeuner (1970: 27) einen Stimmenvorsprung von mindestens zehn Prozentpunkten als Kriterium, um einen Wahlkreis als ›sicher‹ einzustufen.
- Demgegenüber ist für Anastasia Pyschny und Daniel Hellmann (2017: 369) erst ein »Erststimmenvorsprung von 17 Prozentpunkten« ausreichend.

1 Die Konzepte von Suzanne S. Schüttemeyer (2002) und Hans Herbert von Arnim (2003) sind für dieses Arbeitspapier aus unterschiedlichen Gründen ungeeignet: Schüttemeyer bezieht sich – unter Verweis auf die im Bundeswahlgesetz festgelegten Vorschriften für eine Neugliederung von Wahlkreisen – auf die absolute Stimmenanzahl und definiert einen Vorsprung von 30.000 Stimmen als ausreichendes Kriterium. Die sächsischen Landtagswahlkreise sind jedoch so klein, dass dieser Wert eine viel zu hohe Hürde darstellen würde. Von Arnim entwickelte separate Kriterien für CDU und SPD, während alle anderen Parteien unberücksichtigt bleiben; in Sachsen konnten jedoch auch PDS beziehungsweise Die Linke und AfD Wahlkreise gewinnen.

- Noch höher ist die Hürde bei Heino Kaack (1969: 56), der zwischen ›stabilen‹ und ›sehr stabilen‹ Wahlkreisen differenzierte und für Letztere einen Stimmenvorsprung von mindestens 24 Prozentpunkten festlegte.
- Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Konzepten orientierte sich Peter Schindler (1999: 269) nicht am Stimmenvorsprung, sondern charakterisierte – »[m]it einer gewissen Willkür und aus methodischen Gründen« – Wahlkreise mit einem Stimmenanteil von mindestens 55 Prozent als ›Hochburgen‹.

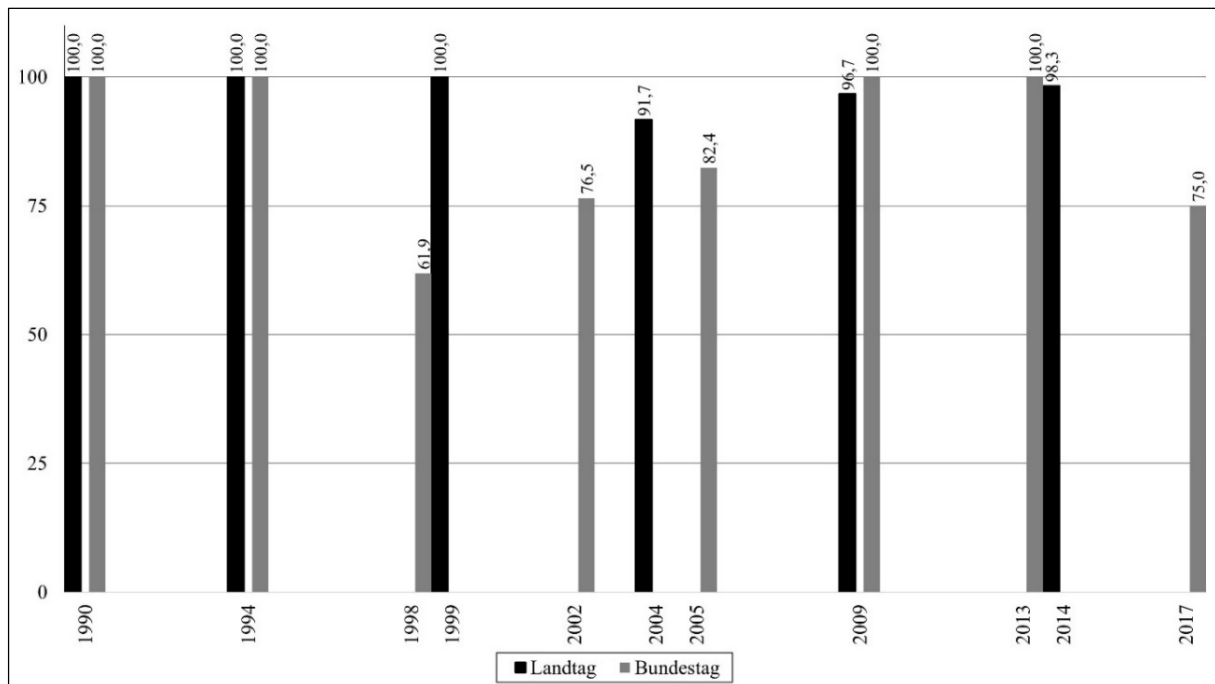
Diesen Konzepten folgend, werden alle Bundestags- und Landtagswahlen in Sachsen ausgewertet und für jeden einzelnen Wahlkreis die Anzahl der erfüllten Kriterien addiert, wobei die Summe höchstens ›4‹ betragen kann: Je höher der Wert ist, desto ›sicherer‹ war beziehungsweise ist der jeweilige Wahlkreis. Diese Werte können für den Vergleich von Bundestags- und Landtagswahlen verwendet werden (Abschnitt 4).

Um im Abschnitt 5 die Großstädte und die Landkreise sowie die einzelnen Regionen des Freistaates miteinander zu vergleichen, wird ein Index-Wert für die jeweiligen Wahlkreise – also beispielsweise für jene in den urbanen Gebieten – gebildet: Das Maximum von 1,00 bedeutet, dass flächendeckend alle vier vorgestellten Kriterien für ›sichere‹ Wahlkreise beziehungsweise ›Hochburgen‹ erfüllt wurden. Demgegenüber steht der niedrigste zu erreichende Wert (-0,25) dafür, dass die Partei nirgendwo in dem jeweils betrachteten Gebiet ein Direktmandat gewonnen hat. Zwischen diesen Extremen schwanken die tatsächlich gemessenen Werte und lassen Rückschlüsse dahingehend zu, wie ›sicher‹ die Wahlkreise waren. Mit der Berechnung von Korrelationskoeffizienten nach Pearson lassen sich Aussagen darüber treffen, ob hinsichtlich der Entwicklung in den Wahlkreisen positive oder negative sowie schwache oder starke Zusammenhänge bestehen.

3. Direktmandate in Sachsen seit 1990

Bei den ersten drei Landtagswahlen nach der Wiedervereinigung gewann die CDU alle Wahlkreise in Sachsen. Erst im September 2004 verlor die Partei vier Direktmandate in Chemnitz, Hoyerswerda und Leipzig an die damalige PDS sowie ein weiteres in der Messestadt an die SPD. Infolgedessen fiel die Erfolgsquote der Christdemokraten in den Wahlkreisen auf 91,7 Prozent. Fünf Jahre später, als die CDU 58 der 60 Direktmandate gewann und Die Linke jeweils einmal in Chemnitz und Leipzig erfolgreich war, stieg der Anteil wieder auf 96,7 Prozent. Bei der bislang letzten Abstimmung im August 2014 wurde mit 98,3 Prozent der Höchstwert nur knapp verfehlt; damals unterlagen die Christdemokraten lediglich in einem Leipziger Wahlkreis der Linken (siehe Abbildung 1).

Abb. 1: Anteile der CDU-Direktmandate in den Wahlkreisen bei Bundestags- und Landtagswahlen seit 1990 (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen. Lesebeispiel: Bei der Bundestagswahl 1998 gewann die CDU die Direktmandate in 61,9 Prozent der sächsischen Wahlkreise.

Bei den Bundestagswahlen fallen die Schwankungen zwischen den einzelnen Abstimmungen deutlich größer aus: In der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren die sächsischen Christdemokraten in allen Wahlkreisen erfolgreich. Im September 1998 gewann die SPD acht² der damals 21 Direktmandate im Freistaat, so dass die Erfolgsquote der CDU mit 61,9 Prozent den niedrigsten Wert im gesamten Untersuchungszeitraum erreichte. Vier Jahre später stieg der Anteil auf 76,5 Prozent, denn die Sozialdemokraten waren nur noch in vier³ der nunmehr 17 Wahlkreise erfolgreich. Bei der Bundestagswahl 2005 unterlag die CDU lediglich einmal in Chemnitz und zweimal in Leipzig der SPD; die Christdemokraten gewannen also 82,4 Prozent der Direktmandate. Danach war die Union zweimal (2009, 2013) wie bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in ganz Sachsen erfolgreich, bevor sie 2017 drei Wahlkreise im Osten des Freistaates⁴ an die AfD und einen in Leipzig an die Linke verlor. Infolgedessen sank die Erfolgs-

2 Das betraf die Wahlkreise ›Delitzsch – Eilenburg – Torgau – Wurzen‹, ›Leipzig I‹, ›Leipzig II‹, ›Leipzig-Land – Borna – Geithain‹, ›Glauchau – Rochlitz – Hohenstein-Ernstthal – Hainichen‹, ›Chemnitz I‹, ›Chemnitz II – Chemnitz-Land‹, ›Reichenbach – Plauen – Auerbach – Oelsnitz‹.

3 Die SPD gewann damals die Wahlkreise ›Leipzig I‹, ›Leipzig II‹, ›Leipzig-Land – Muldentalkreis‹ und ›Chemnitz‹.

4 Die AfD war in den Wahlkreisen ›Bautzen I‹, ›Görlitz I‹ und ›Sächsisches Schweiz-Osterzgebirge‹ erfolgreich.

quote mit 75,0 Prozent auf den zweitniedrigsten Wert seit 1990. Der Anteil bei der letzten Bundestagswahl war also größer als 1998 und lag ungefähr auf dem Niveau der Jahre 2002 und 2005. Das Ungewöhnliche an der Situation im September 2017 besteht für die CDU demnach nicht in den Verlusten von Wahlkreisen, sondern darin, dass (1) erstmals drei Direktmandate – mit Stimmenvorsprüngen zwischen 1,0 und 8,6 Prozentpunkten – von der rechtspopulistischen AfD gewonnen wurden, sowie (2) dass mit Klaus Brähmig und Michael Kretschmer zwei langjährige Abgeordnete der Christdemokraten von der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry beziehungsweise dem seinerzeit vergleichsweise unbekanntem Tino Chrupalla besiegt wurden.⁵

Letztlich sind zwei wichtige Punkte zu konstatieren: Erstens verlor die CDU seit Ende der 1990er Jahre in unterschiedlichem Maße Direktmandate im Freistaat, so dass keineswegs von einem neuen Phänomen infolge des Auftretens der AfD als neuer politischer Konkurrent gesprochen werden kann. Bei den Abstimmungen über das Landesparlament waren die christdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen wesentlich erfolgreicher als ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde bei den nationalen Urnengängen; Letztere sind in stärkerem Maße von dem bundespolitischen Trend abhängig.

4. ›Sichere‹ Wahlkreise bei Bundes- und Landtagswahlen im Vergleich

Wie in Abschnitt 3 herausgearbeitet wurde, waren in der überwiegenden Mehrheit der sächsischen Bundestags- und Landtagswahlkreise die christdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten erfolgreich. Nur in seltenen Fällen gewannen die Bewerberinnen und Bewerber von SPD, Linke oder AfD Direktmandate. Dies geschah allerdings – mit Ausnahme von Leipzig bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002⁶ – mit vergleichsweise knappen Stimmenvorsprüngen von weniger als zehn Prozentpunkten. Die betreffenden Wahlkreise waren also umkämpft.

Hinsichtlich der ›Sicherheit‹ beziehungsweise ›Stabilität‹ der sächsischen Bundestagswahlkreise fallen im Zeitverlauf erhebliche Veränderungen auf (siehe Abbildung 2): Haben 1990 noch fast alle Wahlkreise und vier Jahre später immerhin noch mehr als die Hälfte mindestens drei der in Abschnitt 2 vorgestellten Kriterien erfüllt,

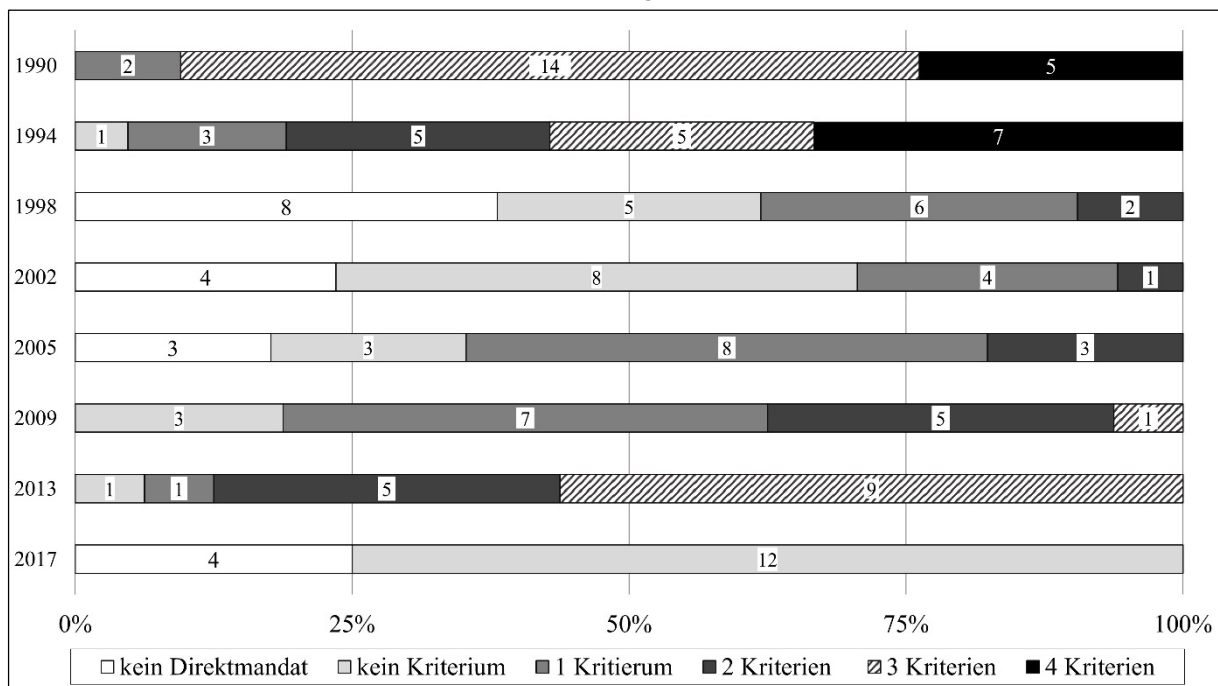
5 Im Wahlkreis ›Bautzen I‹ trat für die CDU Roland Ermer anstelle der bisherigen Abgeordneten Maria Michalk an und verlor gegen Karsten Hilse.

6 Damals gewann Rainer Fornahl mit Abständen von 11,8 beziehungsweise 12,8 Prozentpunkten das Direktmandat im Wahlkreis ›Leipzig I‹. In ›Leipzig II‹ lag Gunter Weißgerber mit 10,5 und 16,0 Prozentpunkten vor der respektive dem jeweils Zweitplatzierten.

so traf dies bei den Urngängen 1998, 2002 und 2005, bei denen die SPD drei bis acht Direktmandate gewann, auf kein einziges Territorium zu. Damals war der Erststimmenvorsprung der christdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten, sofern diese überhaupt erfolgreich waren, in den meisten Fällen vergleichsweise gering, denn die überwiegende Mehrheit der Wahlkreise erfüllte allenfalls das Zehn-Prozentpunkte-Kriterium. Daran änderte sich auch 2009 nur in wenigen Gebieten etwas.

Erst bei der Bundestagswahl 2013, als die Unionsparteien unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals seit 1994 auf einen bundesweiten Zweitstimmenanteil oberhalb der 40-Prozent-Marke kamen, wurden die sächsischen Wahlkreise für die CDU wieder deutlich ›sicherer‹. Die Mehrheit der Christdemokratischen und Christdemokraten gewann ihr Direktmandat mit einem Erststimmenvorsprung von mindestens 24 Prozentpunkten, sodass sie drei Kriterien erfüllt wurden. Das war jedoch nur eine vorübergehende Sicherheit, denn 2017 verlor die CDU vier Wahlkreise und wies in den anderen mit 0,9 bis 9,0 Prozentpunkten vergleichsweise knappe Abstände zur jeweils zweitplatzierten Person auf. Bei der letzten Bundestagswahl entstand zwar eine bisher nicht eingetretene Situation, aber schon seit Ende der 1990er Jahre – also lange vor der umstrittenen Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung sowie dem damit verbundenen Erstarken der AfD – war ein nur vorübergehend unterbrochener Trend hin zu stärker umkämpften Direktmandaten zu beobachten.

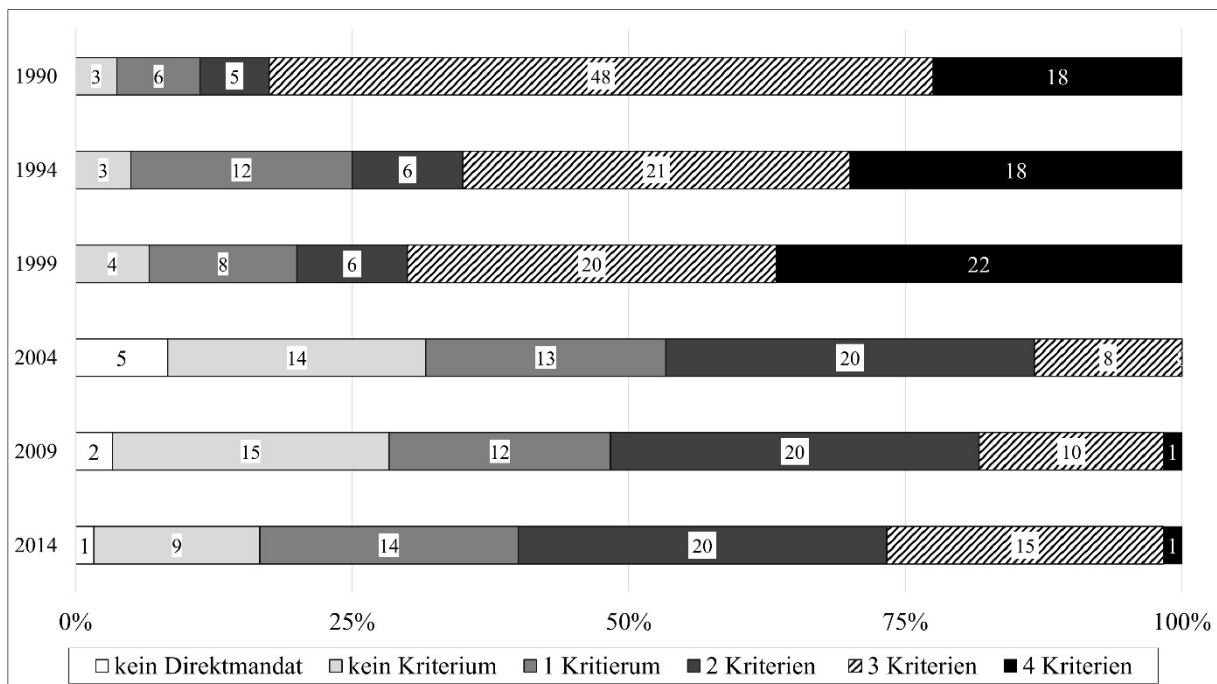
Abb. 2: ›Sichere‹ Wahlkreise der CDU bei Bundestagswahlen seit 1990



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

Ähnliches gilt für die Landtagswahlkreise (siehe Abbildung 3): Bei den drei Urnengängen in den 1990er Jahren gewannen zwischen knapp zwei Drittel und deutlich mehr als drei Viertel der christdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Direktmandate mit einem Stimmenvorsprung von mindestens 24 Prozentpunkten; in ungefähr einem Viertel bis einem Drittel der Regionen lagen die Stimmenanteile über 55 Prozent. Mit drei beziehungsweise vier Kriterien konnten die meisten Wahlkreise als ›sehr stabil‹ (nach Kaack) und als ›Hochburgen‹ (nach Schindler) gelten. Das änderte sich 2004, als die CDU fünf Direktmandate verlor, in 14 Wahlkreisen nur einen geringen Abstand zur Konkurrenz aufwies und in 13 beziehungsweise 20 Fällen lediglich ein Kriterium respektive zwei Kriterien erfüllte. Obgleich sich die Situation 2009 und 2014 etwas verbesserte, ist weiterhin zu konstatieren, dass die Direktmandate umkämpfter als in den 1990er Jahren sind. Bei den letzten beiden Urnengängen erreichte lediglich der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich mehr als 55 Prozent der Stimmen; zwischen 1990 und 1999 war dies noch 18 beziehungsweise 22 Christdemokratinnen und Christdemokraten gelungen.

Abb. 3: ›Sichere‹ Wahlkreise der CDU bei Landtagswahlen seit 1990



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

5. Großstädte und Landkreise sowie einzelne Regionen im Vergleich

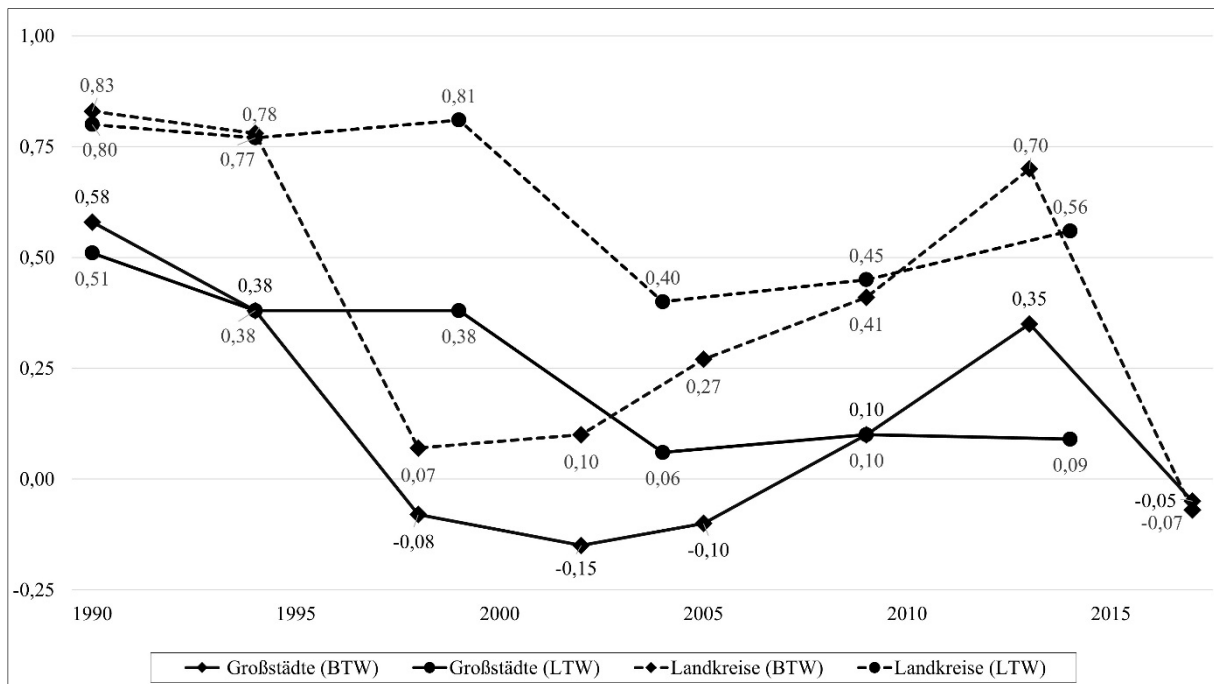
In diesem Abschnitt wird zunächst zwischen den Wahlkreisen in den Großstädten und jenen in den Landkreisen differenziert. Zu der ersten Gruppe werden hier alle Gebiete gezählt, die entweder vollständig in Chemnitz, Dresden oder Leipzig liegen oder Stadtteile einer dieser Kommunen und Teile eines angrenzenden Landkreises umfassen.⁷

Sowohl bei den Bundestags- als auch bei den Landtagswahlen bestehen starke Zusammenhänge zwischen den Großstädten und den Landkreisen. Das wird anhand der Korrelationskoeffizienten nach Pearson deutlich, die mit 0,93 und 0,95 nur wenige Hundertstel unter dem Maximalwert liegen. Die Entwicklung verläuft also weitestgehend parallel: Sinken die Index-Werte für die urbanen Wahlkreise, dann sinken sie auch für die ländlichen Regionen. Bei einem Anstieg ist Entsprechendes zu beobachten. Allerdings lagen die Werte für die Großstädte häufig deutlich unter denen für die Landkreise; die einzige Ausnahme bildet die Bundestagswahl 2017, als die Direktmandate auf dem Land etwas umkämpfter waren (siehe Abbildung 4). Innerhalb einer Gruppe können jedoch auch Unterschiede existieren, wie bei einem Vergleich von Dresden mit kontinuierlichen Erfolgen der CDU einerseits sowie Chemnitz und vor allem Leipzig, wo gelegentlich auch SPD und/oder PDS beziehungsweise Die Linke Wahlkreise gewinnen konnten, andererseits deutlich wird.

Im Zeitverlauf fallen erhebliche Schwankungen auf (siehe Abbildung 4): In der ersten Hälfte der 1990er Jahre (und bei der Landtagswahl 1999) waren die Wahlkreise für die CDU am sichersten; danach erfolgte ein Absturz. Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 lagen die Werte für die Großstädte im negativen Bereich, weil die Direktmandate entweder gar nicht oder nur mit einem sehr knappen Stimmvorsprung an die Christdemokraten gingen. Die Situation verbesserte sich bei den folgenden Urnengängen, wobei 2013 mit +0,35 das gleiche Niveau wie 1994 erreicht wurde. Vier Jahre später fiel der Wert wieder deutlich, war aber mit -0,05 nicht so niedrig wie zwischen 1998 und 2005. Es lässt sich also keineswegs konstatieren, dass bei der Bundestagswahl 2017 eine neue Konstellation entstanden wäre, denn die urbanen Wahlkreise waren bereits früher stark umkämpft.

⁷ In den zuletzt genannten Fällen würde die Alternative darin bestehen, die Ergebnisse unterhalb der Wahlkreisebene auszuwerten und dann der kreisfreien Stadt beziehungsweise dem Landkreis zuzuordnen. Das wäre aus arbeitsökonomischen Gründen ein kaum vertretbarer Mehraufwand ohne vergleichbaren Nutzen.

Abb. 4: Index-Werte für ›sichere‹ Wahlkreise der CDU im Vergleich der Großstädte und Landkreise bei den Bundes- und Landtagswahlen seit 1990



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen. Anmerkungen: Je näher der Index-Wert bei 1,00 liegt, desto mehr Kriterien wurden erfüllt. Negative Werte stehen für viele Wahlkreise ohne gewonnenes Direktmandat.

Ähnlich verhält es sich in den ländlichen Regionen: Auch die dortigen Werte oszillierten im Untersuchungszeitraum erheblich, wobei – allerdings häufig auf wesentlich höherem Niveau liegend – große Parallelitäten zu den Großstädten zu beobachten sind. Vor allem bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, als SPD und Bündnis 90/Die Grünen in die Regierung gewählt beziehungsweise im Amt bestätigt wurden, gewann die CDU die Direktmandate in den Landkreisen – wenn überhaupt (siehe Abschnitt 3) – nur mit vergleichsweise geringem Abstand. Danach verbesserte sich die Situation für die Partei wieder erheblich; im Jahr 2013 erreichten die Landkreise mit einem Index-Wert von +0,70 fast wieder das Niveau aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Das war jedoch nur ein kurzes Intermezzo, denn bei der Bundestagswahl 2017 war ein ähnlicher Absturz wie 1998 zu beobachten, wobei der Wert erstmals in den negativen Bereich und sogar unter jenen für die Großstädte rutschte. Diese Situation lässt sich – im Gegensatz zu jener um die Jahrtausendwende – mit der starken Konkurrenz der AfD erklären, denn die Rechtspopulisten gewannen drei Wahlkreise und hatten auch in den anderen Fällen nur geringe Abstände zur CDU. Auf dem Land hat sich die Position der sächsischen Christdemokraten also erheblich verschlechtert.

Ein etwas anderes Bild als bei den Bundestagswahlen ergibt sich mit Blick auf die Landtagswahlen: Auch dort sind erhebliche Veränderungen im Untersuchungszeitraum zu beobachten, wobei die Schwankungen nicht so extrem ausfallen. Die Werte entwickelten sich sowohl für die Großstädte als auch für die Landkreise so, dass klar zwischen den Abstimmungen in den 1990er Jahren einerseits und den anderen Urnengängen andererseits differenziert werden kann. Die Landtagswahl 2004, bei der die CDU erstmals seit der Wiedervereinigung die absolute Mehrheit der Listenstimmen verlor und nicht mehr alle Wahlkreise gewann, war ein einschneidendes Ereignis. Nach dem damaligen Absturz verbesserten sich die Werte vor allem in den ländlichen Regionen und in geringerem Maße in den Großstädten, erreichten jedoch nie wieder auch nur annähernd das frühere Niveau. Im Gegensatz zu den Bundestagswahlen rutschte der Index-Wert bisher nirgendwo in den negativen Bereich. Das lässt sich so interpretieren, dass die Direktmandate in Sachsen bei den Landtagswahlen (noch) nicht so umkämpft wie bei den bundesweiten Urnengängen waren. Ob das auch weiterhin gilt, wird sich am 1. September 2019 zeigen; die eingangs aufgegriffenen Simulationsrechnungen deuten auf ein sehr volatiles Verhalten der Wählerschaft und knappe Entscheidungen in den Wahlkreisen hin.

Für den Vergleich zwischen den verschiedenen Regionen des Freistaates wird (im Wesentlichen⁸) auf die Gebiete der bis 2008 bestehenden Regierungsbezirke zurückgegriffen. Demzufolge gehören

- zur *Chemnitzer Region* neben der namensgebenden Stadt die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau,
- zur *Dresdner Region* die Landeshauptstadt sowie die Landkreise Bautzen, Görlitz, Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie
- zur *Leipziger Region* neben der Messestadt die Landkreise Leipzig und Nordsachsen.

Die einzelnen Wahlkreise wurden dem jeweiligen Territorium zugeordnet.

Tabelle 1: Vergleich der Regionen (Korrelationskoeffizienten nach Pearson)

Zusammenhänge zwischen dem sächsischen Landesdurchschnitt und der ...			
	... Chemnitzer Region	... Dresdner Region	... Leipziger Region
Bundestagswahlkreise (1990-2017)	0,97	0,97	0,97
Landtagswahlkreise (1990-2014)	0,97	0,99	0,99

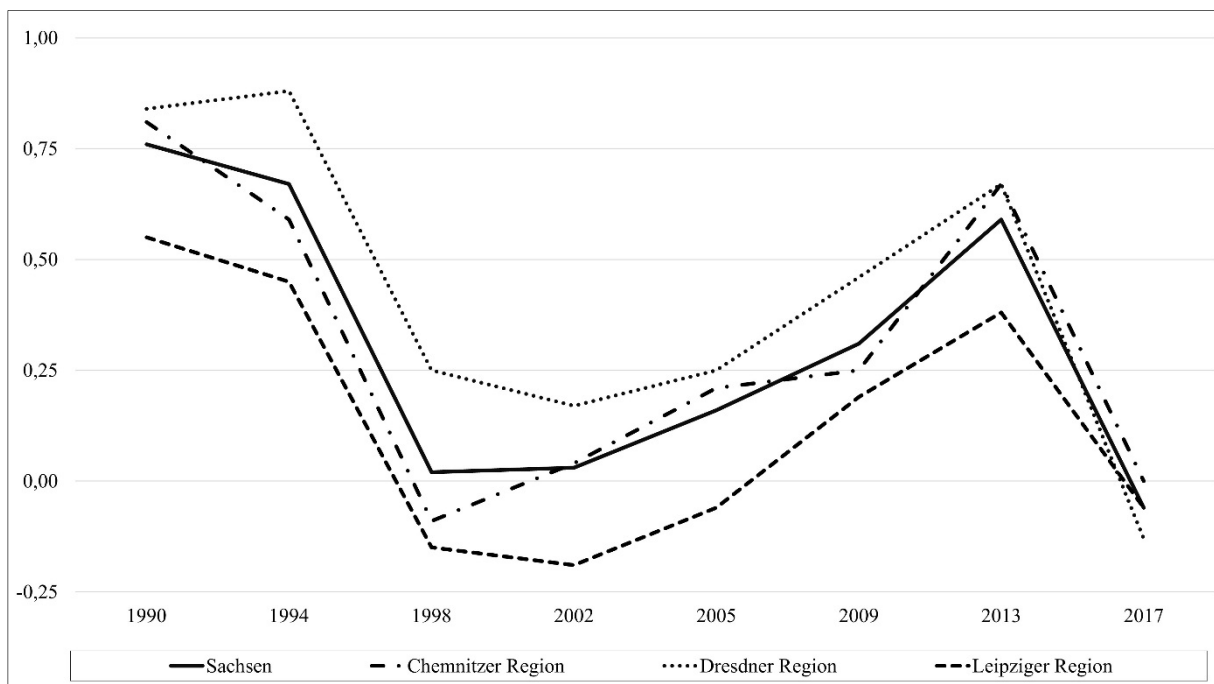
Quelle: Eigene Berechnungen. Weil alle Werte auf einen starken positiven Zusammenhang hinweisen, wurde darauf verzichtet, diese fett und kursiv zu drucken.

⁸ Der ehemalige Landkreis Döbeln gehörte zum Regierungsbezirk Leipzig, wird aber als Teil des seit 2008 bestehenden Landkreises Mittelsachsen der *Chemnitzer Region* zugeordnet.

Ausweislich der Korrelationskoeffizienten nach Pearson, die ein bis drei Hundertstel unter dem Maximum liegen, bestanden zwischen den einzelnen Regionen und dem landesweiten Durchschnitt sehr starke Zusammenhänge. Die Entwicklung verlief also weitestgehend synchron (siehe Tabelle 1 sowie Abbildungen 5 und 6).

Bei den Bundestagswahlen sind deutliche Schwankungen zu beobachten, die alle drei Regionen des Freistaates gleichermaßen betreffen. Trotz der parallelen Entwicklung lässt sich konstatieren, dass die Wahlkreise in der Leipziger Region vor allem in den Jahren 1998, 2002, 2005 und 2017 sehr umkämpft waren, was in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch nicht so stark war. Demgegenüber waren die Direktmandate in der Dresdener Region lange Zeit eine ›sichere Bank‹ für die CDU. Das änderte sich erst bei der letzten Bundestagswahl, als drei Wahlkreise an die AfD verloren gingen und der Index-Wert erstmals in den negativen Bereich rutschte. Das ist im Gegensatz zu den beiden anderen Regionen eine gänzlich neue Situation, die sich insbesondere mit dem Aufstieg der Rechtspopulisten erklären lässt. Insofern besteht ein wichtiger Unterschied zu den Gebieten in und um Leipzig, denn dort war der Wahlausgang bereits ab Ende der 1990er Jahre deutlich offener (siehe Abbildung 5).

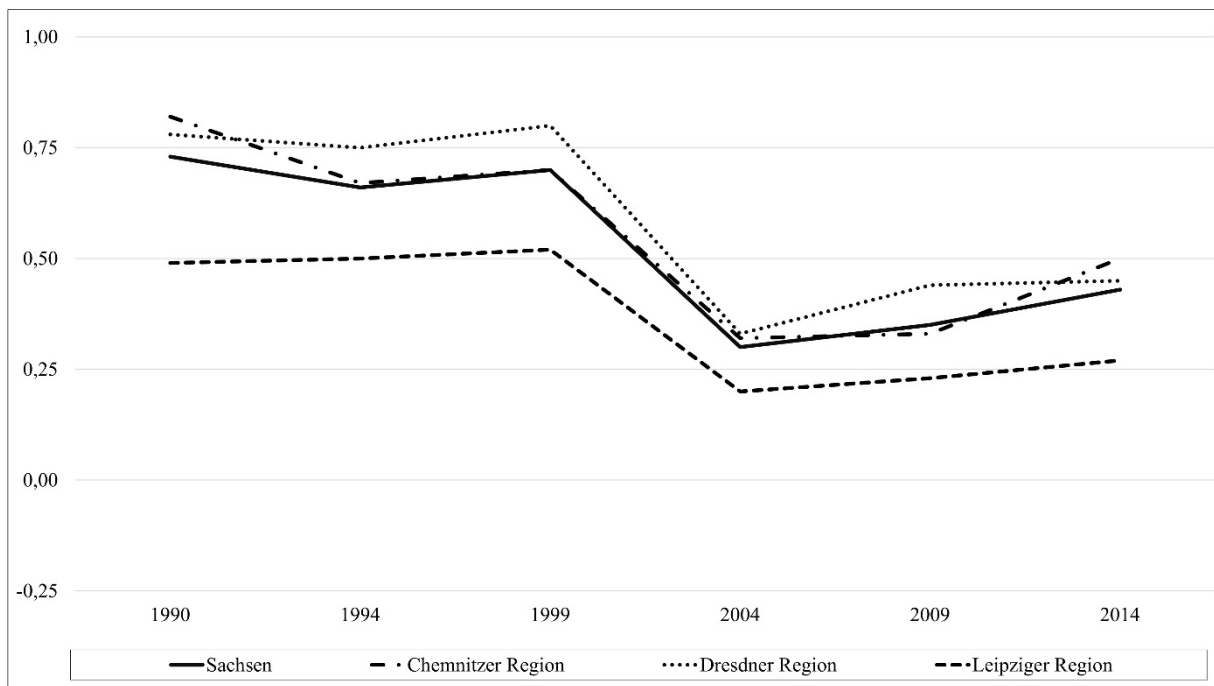
Abb. 5: Vergleich der Regionen in Sachsen (I): Index-Werte für Bundestagswahlen



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen. Anmerkungen: Je näher der Index-Wert bei 1,00 liegt, desto mehr Kriterien wurden erfüllt. Negative Werte stehen für viele Wahlkreise ohne gewonnenes Direktmandat.

Ähnliches wie bei den Bundestagswahlen ist bei den Landtagswahlen zu beobachten, wobei die Veränderungen im Zeitverlauf wesentlich kleiner waren: Die Werte liegen vergleichsweise nah beieinander. Das betrifft insbesondere die Wahlkreise in der Leipziger Region, deren Index-Werte stets unter dem landesweiten Durchschnitt lagen, aber lediglich zwischen +0,8 und +2,1 oszillierten. Demgegenüber war die Dresdner Region kontinuierlich überdurchschnittlich, während sich die Chemnitzer Region – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – um den jeweiligen Mittelwert für den Freistaat bewegte. Überall war bei der Landtagswahl 2004 der größte Absturz zu beobachten; danach stabilisierte sich die Situation (Leipzig) oder verbesserte sich (Chemnitz, Dresden). Insofern ist auch hier zu konstatieren, dass die Tiefpunkte bereits Mitte der 2000er Jahre erreicht wurden und deshalb nicht mit dem Auftreten der AfD erklärt werden können. Damals war vielmehr die rechtsextreme NPD, die erstmals in den Landtag einzog, in einigen Teilen Sachsens mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten für die Direktmandate eine nicht zu vernachlässigende Konkurrenz.⁹

Abb. 6: Vergleich der Regionen in Sachsen (II): Index-Werte für Landtagswahlen



Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen. Anmerkungen: Je näher der Index-Wert bei 1,00 liegt, desto mehr Kriterien wurden erfüllt. Negative Werte stehen für viele Wahlkreise ohne gewonnenes Direktmandat.

9 Im Wahlkreis ›Sächsische Schweiz 2‹ entfielen 16,2 Prozent der Direktstimmen auf die NPD. Mit diesem Ergebnis rangierte die rechtsextreme Partei auf dem dritten Platz hinter CDU (44,5%) und PDS (20,7%); mit deutlichem Abstand folgten FDP (8,0%), SPD (6,3%) und Bündnis 90/Die Grünen (4,4%).

6. Fazit

Bezugnehmend auf die eingangs gestellten Fragen sind drei Punkte zu konstatieren:

Erstens sind die sächsischen Wahlkreise nicht erst seit der umstrittenen Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung sowie dem damit verbundenen Auftreten der AfD als neuer Konkurrenz wesentlich umkämpfter als in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, denn bereits ab Ende der 1990er beziehungsweise Mitte der 2000er Jahre sind erhebliche Veränderungen zu beobachten. In einigen Fällen gewann die CDU schon damals ihre Direktmandate nur mit relativ knappem Stimmenvorsprung oder war manchmal gar nicht erfolgreich. Insofern ist die Dominanz der Christdemokratinnen und Christdemokraten in den Wahlkreisen oft nicht so manifest gewesen, wie auf den ersten Blick vermutet werden könnte.

Zweitens bestehen zwischen den Bundestags- und den Landtagswahlen erhebliche Unterschiede, denn bei den nationalen Urnengängen waren die sächsischen Direktmandate wesentlich umkämpfter als bei den Abstimmungen über das Landesparlament. Bei den Bundestagswahlen wirkt es sich bis auf die Ebene der Wahlkreise aus, dass die sächsische CDU im Schatten der Bundespolitik agieren muss und damit dem Landesverband die Möglichkeit zur »Instrumentierung einer »sächsischen Identität« (Schubert 2011: 341) fehlt.

Drittens sind deutliche Differenzen zwischen den urbanen und den ländlichen Wahlkreisen sowie zwischen den einzelnen Regionen des Freistaates zu beobachten. Die Trends gehen jedoch überall in die gleiche Richtung. Die Direktmandate in den Großstädten und vor allem in der Leipziger Region sind wesentlich umkämpfter als jene in den Landkreisen beziehungsweise in den anderen Landesteilen von Sachsen. Aber auch in den vermeintlichen Hochburgen im Osten Sachsens ist die CDU nicht vor Niederlagen gefeit, wie die Bundestagswahl 2017 zeigte. Die Wählerinnen und Wähler sind inzwischen wesentlich volatiliter als früher. Die rückläufige Parteibindung (vgl. Ohr und Quandt 2012) wirkt sich also auch auf die Wahlentscheidung hinsichtlich der Direktmandate auf der Ebene der Wahlkreise aus.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Arnim, H.-H. von. 2003: Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten. In: A.M. Wüst (Hg.), Politbarometer. Opladen: Leske und Budrich, 125-142.
- Debski, A. 2019a: Neue Sachsen-Prognose: CDU und AfD in Wahlkreisen gleichauf, Linke verliert. In: Leipziger Volkszeitung vom 12./13. Januar 2019, S. 1.

- Debski, A. 2019b: CDU und AfD liegen in vielen Wahlkreisen Kopf an Kopf. In: Leipziger Volkszeitung vom 12./13. Januar 2019, S. 4.
- Debski, A. 2019c: Wahlkreisprognose für Sachsen: CDU holt auf, AfD büßt ein, www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Wahlkreisprognose-fuer-Sachsen-CDU-holt-auf-AfD-buesst-ein (Stand: 09.04.2019).
- Jesse, E. / Schubert, Th. / Thieme, T. 2014: Politik in Sachsen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaack, H. 1969: Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kochinke, J. 2017: Die CDU in Sachsen erlebt ihr blaues Wunder. In: Leipziger Volkszeitung vom 26. September 2017, S. 5.
- Ohr, D. / Quandt, M. 2012: Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität. In: R. Schmitt-Beck (Hg.), Wählen in Deutschland (= PVS-Sonderheft 45). Baden-Baden: Nomos, 182-207.
- Pyschny, A. / Hellmann, D. 2017: Wann ist »sicher« sicher? Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg., Heft 2, 350-369.
- Rellecke, W. 2010: Sachsen – vom »roten Königreich« zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem. In: A. Kost / W. Rellecke / R. Weber (Hg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München: Verlag C.H. Beck, 340-359.
- Schindler, P. 1999: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Baden-Baden: Nomos.
- Schubert, Th. 2011: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schüttemeyer, S.S. 2002: Wer wählt wen wie aus? Pfade in das unerschlossene Terrain der Kandidatenaufstellung. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 51. Jg., Heft 2, 145-159.
- Träger, H. 2018: Sachsens »blaues Wunder« bei der Bundestagswahl 2017. In: Zeitschrift für Politik, 65. Jg., Heft 2, 195-216.
- Zeuner, B. 1970: Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese. Den Haag: Nijhoff.